

Die Europäische Union in der Weltpolitik

Die politischen Beziehungen der Europäischen Union zur übrigen Welt sollten in solche der Wirtschaft und solche der sonstigen Politik gegliedert werden. Denn bezüglich der Wirtschaft kann man längst von einer gemeinsamen Außenpolitik der Mitgliedstaaten zur übrigen Welt sprechen, was in den meisten anderen Bereichen beileibe nicht der Fall ist, da die einzelnen Staaten ihre sonstigen außenpolitischen Vorstellungen nach wie vor individuell durchzusetzen versuchen (wiewohl es seit dem Vertrag über die Gründung der EU 1993 bereits die Einrichtung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ - GASP - gibt).

Wirtschaftspolitik

Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik lassen sich um die Europäische Union konzentrische Kreise erkennen: Je näher die diesen Kreisen angehörigen Staaten der EU stehen, desto niedriger sind die gegenseitigen Handelszölle oder sonstigen Barrieren, die den Handel einschränken. Betrachten wir diese Kreise von innen nach außen:

- ? Die Mitgliedstaaten der EFTA (Schweiz, Island, Norwegen, Liechtenstein) stehen der EU am nächsten; sie gehören bereits zum Binnenmarkt der EU. Da sie aber nicht Mitgliedstaaten der EU sind, haben sie keinen Anteil an den Institutionen der EU und den in diesen getroffenen Entscheidungen, müssen aber - als Teil des Binnenmarkts - doch den hier geltenden Spielregeln Folge leisten.
- ? Die assoziierten Staaten von Mittel- und Osteuropa, MOE (Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien) sowie die Mittelmeerstaaten Malta, Zypern und die Türkei haben mit der EU Abkommen geschlossen, die eine schrittweise Reduktion der Zölle bis zur Einrichtung einer Freihandelszone vorsehen. Die Türkei hat bereits ein Abkommen zum Aufbau einer Zollunion mit der EU geschlossen.
- ? Marokko, Algerien, Tunesien, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien und die autonome palästinensische Regierung gehören zum dritten konzentrischen Kreis. Mit diesen Staaten wurde ein ehrgeiziges Abkommen zur Schaffung einer Freihandelszone bis 2010 unterzeichnet.
- ? Der vierte konzentrische Kreis umfasst drei Staatengruppen, mit denen Abkommen mit größeren oder kleineren Handelserleichterungen geschlossen wurden:
AKP: insgesamt 77 Staaten in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die früher zu den Kolonien Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande gehört hatten oder mit diesen durch sonstige Beziehungen verbunden waren.
Lateinamerika, Russland und andere früher zur Sowjetunion gehörige Staaten, die die GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) bilden.
- ? Der fünfte Kreis umfasst die wichtigsten Außenhandelspartner der Union: USA, Japan, Kanada, Australien und Neuseeland. Der Handel mit diesen Staaten richtet sich nach den Regeln der WTO (World Trade Association).
- ? Jene übrigen Staaten aber, die mit der EU keine Handelsvereinbarungen geschlossen haben noch Mitglieder der WTO sind, stehen der EU wirtschaftlich am fern-

ten; dazu gehören Indien und China, immerhin die bevölkerungsreichsten Staaten der Welt.

Die Europäische Union ist bereits heute (also noch vor ihrer Erweiterung) die größte Wirtschaftsmacht der Welt. 40% der Ausfuhr an Waren und Dienstleistungen gehen von ihr aus.

Sonstige politische Bereiche

Trotz ihrer gewaltigen Wirtschaftskraft ist das sonstige politische Gewicht der Union weniger bedeutend: Zu sehr ist jeder einzelne Staat (noch) darauf bedacht, seinen eigenen durch Jahrhunderte behaupteten und in vielen blutigen Kriegen verteidigten Spielraum weiterhin zu gestalten. Die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik kann daher nur durch kleine Schritte, verteilt über einen wohl sehr langen Zeitraum, erfolgen.

Immerhin aber haben die Mitgliedstaaten im Vertrag zur Gründung der Union in Maastricht das Instrument der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) geschaffen. Im Grunde handelt es sich hierbei um eine besondere Form der Zusammenarbeit mit folgenden Zielen:

Schutz der gemeinsamen Werte der Union

Sicherung ihrer grundlegenden Interessen und ihrer Unabhängigkeit

Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten

Sicherung des Weltfriedens, Unterstützung der internationalen Sicherheit

Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit

Entwicklung und Stärkung der Demokratie und der Rechtsordnung

Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten

Um dieser Politik Nachdruck zu verleihen, sollte die Westeuropäische Union (WEU) allmählich zum militärischen Arm der EU werden und zu diesem Zweck schrittweise in die EU eingliedert werden. Konkrete und bindende Vereinbarungen in diese Richtung wurden bis jetzt noch nicht abgeschlossen.

Überhaupt muss festgestellt werden, dass die Erfolge der GASP bis jetzt deutlich unter den Erwartungen liegen. Selbst in Südosteuropa musste die NATO unter Führung der USA gerufen werden, um - nach furchtbaren Massakern unter der Zivilbevölkerung und blutigen „ethnischen Säuberungen“ - den Ausbruch eines neuerlichen Balkankrieges zu verhindern. Genauso erfolglos waren Vermittlungsversuche im Nahen Osten und anderen Krisenherden.

Schuld daran ist nach wie vor die (zumeist historisch bedingte) unterschiedliche politische Haltung der Mitgliedstaaten, die gemeinsam abgestimmte, radikale und vor allem schnelle Entscheidungen verhindert. Diese politische Ohnmacht der EU wurde den Europäern im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 schmerzhaft bewusst: Großbritannien leistete den USA bei deren Einsatz in Afghanistan sofort militärische Hilfe, Deutschland und Frank-

reich sagten eine solche immerhin zu, während sich andere mit den USA zwar solidarisch erklärten, an militärischen Einsätzen jedoch nicht teilzunehmen gedachten.

Nach diesen Erfahrungen wurde im Vertrag von Amsterdam daher die Möglichkeit einer „konstruktiven Enthaltung“ geschaffen: Staaten, die an gemeinsamen Aktionen der GASP nicht teilnehmen, diese aber auch nicht behindern wollen, können sich nun der Stimme enthalten und brauchen dann auch nicht an beschlossenen Aktionen teilzunehmen. Zudem wurde in Amsterdam die Schaffung eines „Hohen Repräsentanten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ beschlossen, der gleichsam die Gemeinsamkeit der Politik der Union personifizieren sollte. Zum ersten „Mr. GASP“ wurde der frühere Generalsekretär der NATO, der Spanier *Javier Solana* ernannt.



Testfragen 17 (Antworten siehe Seite 165.)

- 1) Seit wann kann man von einer „Unionsbürgerschaft“ sprechen? Hat diese bereits die (bisherige) Staatsbürgerschaft ersetzt?
- 2) Was sind die Hauptziele der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union?
- 3) Welche Erfolge und welche Misserfolge sind der GASP bisher beschieden?